

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Besuch der amerikanischen Außenministerin

Am 24. Februar, also nur wenige Stunden nach der Einäscherung Deng Xiaopings, traf die neue amerikanische Außenministerin Madeleine Albright auf ihrer diplomatischen Parforcetour durch fast ein Dutzend Länder in Beijing ein und verhandelte dort mit ihrem Amtskollegen Qian Qichen sowie mit Regierungschef Li Peng und mit Staats- und Parteichef Jiang Zemin. Ihr Besuch sollte u.a. den Weg für eine baldige Gegenvisite von Außenminister Qian Qichen in Washington ebnen und auch einen Besuch von US-Vizepräsident Al Gore Ende März 1997 in Beijing vorbereiten. Auch ein Gipfeltreffen zwischen Jiang Zemin und Bill Clinton Ende 1997 in den USA steht zur Diskussion.

Sechs Fragen wurden hauptsächlich angesprochen, nämlich die gerade wieder brisant gewordene Problematik auf der koreanischen Halbinsel (dazu Übersicht in diesem Heft), ferner die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, die Taiwan-Frage, die Hongkong-Frage, eine Reihe von kommerziellen Punkten und die Menschenrechtsproblematik.

Am Rande des Albright-Besuch berichtete die *New York Times* von einer in Arbeit befindlichen Übereinkunft, wonach China die Menschenrechtslage verbessern wolle, wohingegen die USA künftig bei der jährlichen Menschenrechtskonferenz der UNO in Genf auf eine chinakritische Resolution verzichten wolle. Der Zeitung zufolge plant China u.a. die Freilassung von acht politischen Gefangenen, unter denen auch der prominente Dissident Wang Dan sein soll. Ein Sprecher des US-Außenministeriums bestätigte, daß zwischen den USA und China entsprechende Gespräche im Gange seien (SZ, 25.2.97).

Immer wieder hat China in den vergangenen Monaten seine Bereitschaft erklärt, mit den USA zusammenzuarbei-

ten, um die bilateralen Beziehungen wieder auf ein "normales Gleis zu bringen". Auch in der Menschenrechtsfrage sei die Volksrepublik bereit, mit den USA auf verschiedenen Ebenen in einen Gedankenaustausch einzutreten; Gespräche dieser Art müßten jedoch auf gegenseitigem Respekt beruhen, nicht auf Konfrontation. In Zukunft möge man sich verstärkt auf die Gemeinsamkeiten konzentrieren und versuchen, die Streitigkeiten soweit wie möglich zu reduzieren. Neue kooperative Beziehungen "mit Blick auf das 21. Jahrhundert" müßten angestrebt werden.

Beifällig hat die Volksrepublik zur Kenntnis genommen, daß Clinton dem amerikanisch-chinesischen Verhältnis künftig einen würdigeren Platz einräumen wolle. -we-

*(2)

Wahlkampfspenden der VR China für Clinton?

Zwei Themen scheinen viele Vertreter der amerikanischen Politik und Öffentlichkeit immer wieder zu beschäftigen, nämlich erstens die Tatsache, daß die einzig verbliebene Supermacht USA keinen richtigen Feind mehr hat und zweitens die Erklärung Clintons, daß die VR China in der Außenpolitik Washingtons künftig einen zentraleren Stellenwert einzunehmen habe und daß Washington sich hierbei bemühen solle, der asiatischen Macht in Zukunft gemäßigteren Tons entgegenzutreten.

Vor diesem Hintergrund löste ein Artikel über mögliche Wahlkampfspenden der VR China für Clinton auf der Stelle Aufmerksamkeit sowie den Wunsch aus, mehr über Hintergründe dieses "skandalösen" Zwischenfalls zu erfahren.

Dabei beruht die Argumentationskette, die Behauptungen dieser Art stützen soll, lediglich auf Indizien und hat, sieht man einmal von dem Interesse ab, China schwarz in schwarz zu plakätieren, vor allem deshalb Aufmerksamkeit erregt, weil der Startschuß von einem Journalisten der *Washington Post* aus-

gegangen ist, der Investigationsgeschichte geschrieben hat, nämlich von Bob Woodward, der 1974 die Watergate-Affäre aufgedeckt hat (der neueste Chinaartikel Woodwards ist nachgedruckt in IHT, 14.2.97).

Bob Woodward brachte zusammen mit Brian Duffy folgende Argumente auf Tapet:

Im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen von 1996 seien verschiedene Beiträge "aus fremden Quellen" in die Wahlkampfkasse des Democratic National Committee geflossen, darunter auch Gelder aus chinesischen Quellen. Daß hinter diesen Spenden auch die VR China gesteckt haben müsse, schließen die beiden Journalisten aus der Beteiligung von zwei Chinesen, von denen der eine direkt aus dem VRCh-Establishment, der andere aber aus dem Huarren-Milieu stamme.

Im Februar 1996 hatte Charles Yah Lin Trie, ein Mitglied des Fund Raising Committee, einen Gast aus der VR China eingeladen, der sich einen Namen als Chef der Poly Group gemacht hat, einer kommerziellen Großfirma des VBA-Generalstabs, die 1983 gegründet worden ist und die längst auch intensive Handelsbeziehungen mit den USA aufgenommen hat, u.a. durch massenhafte Lieferung von Schnellfeuergewehren. Gemeint war hiermit Wang Jun, der zweite Sohn des 1995 verstorbenen Politbüromitglieds Wang Zhen, der als solcher mit zur "Prinzengarde" gehört. "Poly" zeigt ein nahezu perfektes Mimikry und hat sich im offiziellen Adressenverzeichnis hinter dem breiten Rücken der "unverdächtigen" CITIC (China International Trust and Investment Corporation) versteckt - und teilt sich mit der CITIC sogar das Verwaltungshauptgebäude, nämlich in der Beijinger Jianguomenwai Nr.19 (Näheres dazu C.a., 1995/7, S. 612).

Dieser Wang Jun nun war im Februar 1996 zu einer Kaffeerunde im Weißen Haus mit Präsident Clinton eingeladen worden - eine Tatsache, die Clinton leugnet. (Des weiteren heißt es aus der Clinton-Mitarbeiterschaft, daß die 640.000 \$, die Wang dem Fund Raising Committee angeblich überreicht habe, längst wieder zurückgegeben worden seien, weil die Spender die Quelle nicht exakt genug angegeben hätten.)

Ein weiterer Chinese, der beim FBI als möglicher Interessenvertreter der VR China ebenfalls längst Verdacht erregt

habe, ist John Huang, ein früherer Mitarbeiter des Handelsministeriums und ebenfalls Mitglied des Fund Raising Committee. Huang ist in China geboren, in Taiwan aufgewachsen und besitzt heute die amerikanische Staatsangehörigkeit. Was den Verdacht der FBI erregte, war seine frühere Rolle bei der Lippo Group, einem indonesischen Huaren-Konglomerat, das mit der VR China in dichten Geschäftsbeziehungen steht.

Auf die Frage, ob die VR China wirklich in den Fall verwickelt sei, gab ein Vertreter der chinesischen Botschaft in Washington erwartungsgemäß die Antwort, daß dies nicht der Fall sei und daß China sich auf solche Affären prinzipiell nicht einlasse (SCMP, 15.2.97).

Obwohl auf wackligen Beinen stehend, zieht der Verdacht mittlerweile doch weitere Kreise.

Vor allem hat der Verfahrensausschuß des Repräsentantenhauses unter der Leitung des Republikaners Gerald Solomon inzwischen die Spur aufgenommen und geht vor allem der Frage nach, welcher politische Preis für die Spende bezahlt werden sollte. Solomon hat die Justizministerin Janet Reno aufgefordert, einen unabhängigen Sonderermittler einzusetzen, der die Umstände eines Projekts untersuchen möge, das der staatlichen chinesischen Handelsflotte, der China Ocean Shipping Co. (Cosco) zu einem ersten permanenten Landekopf in den USA verhelfen könnte. Das Projekt sieht vor, der Cosco ein ehemaliges Gelände der US-Marine in Long Beach (Cal.) für jährlich 14 Mio. \$ zu überlassen. "Ist es das, was China für seine Spenden in die Wahlkampfboxen Clintons und der Demokratischen Partei als Gegenleistung erhält?" fragt der argwöhnische Solomon. Das Hafengelände am Pazifik liegt obendrein in der Nähe umfangreicher Militäranlagen der Marine und Luftwaffe zwischen Los Angeles und San Diego. Skeptiker unter den amerikanischen Militärexperten, die die Cosco-Flotte auch als ein Instrument der chinesischen Streitkräfte einstufen, sehen mit dem Projekt ein Spionagerisiko verbunden. Andere betrachten die Cosco mit ihren insgesamt 600 Schiffen dagegen als eine nur am Handel interessierte Gesellschaft, deren Aktivitäten dazu beitragen könnten, der Region von Long Beach neues Leben einzuhauchen und Arbeitsplätze zu schaffen. -we-

*(3)

Die "China-Gefahr" ist ein Mythos: Kommentar des US-Botschafters

In einem Interview mit Xinhua betonte der US-amerikanische Botschafter in China, James Sasser Anfang Januar, daß von einer "chinesischen Gefahr" keine Rede sein könne, sobald man die Frage vom historischen Standpunkt her angehe: China habe in den letzten 500 Jahren keinerlei expansionistische Tendenzen gezeigt.

Auch in heutiger Zeit seien Führung und Volk so sehr mit der Lösung interner Probleme befaßt, daß Expansionsbestrebungen schon aus diesem Grunde nicht zu befürchten seien. China widme seine ganze Energie der wirtschaftlichen Entwicklung und der Steigerung der Lebensqualität seiner Bürger. Damit zeige es ein Gebahren, das andere Länder in keiner Weise bedrohe.

China habe ferner im Jahre 1996 den Atomwaffenteststoppvertrag unterzeichnet und damit ein weiteres Zeichen seines guten Willens gesetzt.

Darüber hinaus sei die positive Wendung in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen eine weitere vertrauenswürdige Botschaft. Die Konflikte zwischen China und den USA würden oft bei weitem übertrieben. Meist drehten sich die Streitigkeiten um den bilateralen Handel, um Menschenrechte und die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen.

Beide Länder teilten Sicherheitsinteressen in der asiatisch-pazifischen Region und seien auch daran interessiert, Korea von Atomwaffen freizuhalten. (BRU, 1997, Nr.7-8, S. 5)

Zu den vor allem in der amerikanischen Presse häufig beschworenen Thema der "Gelben Gefahr" scheint den chinesischen Medienvertretern kaum noch etwas einzufallen. Man zeigt sich vielmehr höchst verwundert über die merkwürdige Art vieler Kolumnisten und sogar "Wissenschaftler", die offensichtlich nicht auf die Tatsachen schauen, sondern China und seinen Weg durch die Brille tief verwurzelter Vorurteile betrachten und feindselige Gefühle hegen. Da diese Leute eingesehen hätten, daß eine allgemeine Eindämmungspolitik gegenüber der VR China nicht zum Ziele führe, wählten sie als Ersatzlösung nun die Irreführung und die Rufschädigung. "Sie verbreiten Pessimismus und Skepsis über die

Rückkehr Hongkongs nach China und erfinden Geschichten über Tibet, verbunden mit der Anklage, China verfolge ethnische Tibeter. Vor Chinas politischer Stabilität und florierender Wirtschaft verschließen sie jedoch die Augen. Darüber hinaus werfen sie der chinesischen Regierung noch vor, die nationalistische Karte auszuspielen und rufen öffentlich nach einem amerikanischen Boykott chinesischer Waren" (BRU, 1997, Nr.7-8, S. 8). Außerdem verwechselten sie den "Patriotismus" vieler Chinesen mit chinesischem Expansionismus.

Auch auf militärische Ambitionen Chinas werde immer wieder hingewiesen, während andererseits die Tatsache, daß Japan mittlerweile weltweit den zweithöchsten Verteidigungshaushalt von 50 Mrd. US\$ p.a. aufgebaut hat, mit Schweigen übergangen wird. -we-

*(4)

Kritik an der Handhabung der "Meistbegünstigungs"-Frage durch die USA

Nachdem sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen wieder langsam zu verbessern und zu renormalisieren beginnen, rückt auch eine Frage wieder stärker in den Mittelpunkt, die von anderen Themen eine Zeit lang an den Rand gedrängt worden war, nämlich die Gewährung der Meistbegünstigung an China durch die USA.

Bei einer Pressekonferenz des Außenministeriums am 14. und 16. Januar kritisierte der Sprecher Shen Guofang die amerikanische Haltung in dieser Frage. Vor allem sollten die Amerikaner den Meistbegünstigungsstatus für China nicht mit der Hongkongfrage in Verbindung bringen, da beide Themen genau so wenig miteinander zu tun hätten wie Meistbegünstigung und Menschenrechte.

Die Amerikaner sollten die Meistbegünstigung von der Entwicklung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen abhängig machen, nicht jedoch von irgendwelchen politischen Bedingungen. Die jährlichen Diskussionen über dieses Thema seien reine Zeitverschwendung und dem bilateralen Handel ganz gewiß nicht zuträglich.

Sobald China einmal Mitglied der Welt Handelsorganisation WTO ist, erhält es den Meistbegünstigungsstatus ohnehin automatisch. Kein Wunder, daß die

Volksrepublik immer stärker auf den WTO-Status drängt, der ihm allerdings vor allem auf Initiative der USA immer wieder vorenthalten wird, da jene freihändlerischen Voraussetzungen noch nicht gegeben seien, die ein WTO-Angehöriger nun einmal mitbringen muß.

China weist darauf hin, daß zahlreiche WTO-Mitglieder, unter ihnen auch die meisten europäischen Staaten und die EU den WTO-Beitritt der Volksrepublik befürworten.

Selbst wenn China aber vor den Türen der WTO stehenbleibt, werde es, wie immer wieder betont wird, seine Reformanstrengungen fortsetzen und den bilateralen Handel intensivieren. -we-

*(5)

"Großes Gesicht für Beijing": China wird in die neue "G-6" aufgenommen

Am 4. März kam es in Tokyo zur Gründung der "Six Markets Group", auch "Asian G-6" genannt, einer neuen G-6 also, die an die Seite der seit vielen Jahren bestehenden G-7 treten soll, in der die sieben größten Industrienationen der Welt vertreten sind.

Der neuen G-6 gehören neben den USA fünf asiatisch-pazifische Länder an, nämlich Japan, China, Singapur, Australien und Hongkong. Die Sechs wollen sich künftig über die gesamtwirtschaftliche Politik, über die Entwicklung der Wechselkurse und der Finanzmärkte sowie über deren laufende Kontrolle untereinander abstimmen.

Ähnlich wie die G-7-Gruppe wird sich die G-6 aus Finanzministern und Zentralbankvertretern zusammensetzen.

In der G-7-Gruppe war schon seit einiger Zeit über eine Erweiterung nachgedacht worden: Einer solchen Gruppierung würden neben Rußland auch einige aufstrebende Volkswirtschaften Asiens angehören. Allerdings sei es hier lediglich bei theoretischen Überlegungen geblieben - ohne praktische Konsequenzen. Durch die Gründung der Sechsergruppe ergeben sich nun neue Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der G-7, weil ja Japan und die USA in beiden Gruppen Mitglieder sind.

Die sechs Teilnehmer der "Marktgruppe" repräsentieren wichtige internationale Finanzplätze und verfügen über beträchtliche internationale Reserven; vor allem die VR China gehört mit zu jenen

Ländern, deren Reserven in den letzten Jahren steil angestiegen sind. Die Zusammenarbeit in der neuen Gruppe soll auch der Vorbeugung von Finanzkrisen - nach dem Schreckbild der früheren Mexiko-Krise etwa - dienen. Außerdem kann die VR China noch stärker als bisher in wirtschaftspolitische Entscheidungen eingebunden werden (IHT und FAZ, 25.2.97).

Zur G-7 gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA. Die G-7 hat bisher auf die internationalen Austauschraten erheblichen Einfluß ausüben können. Noch Anfang Februar hatte sie in Berlin erklärt, daß "größere Verzerrungen" bei den Währungsverhältnissen beendet werden müßten. Man hofft, daß nun auch die G-6 einen ähnlich wohlthuenden Einfluß ausüben kann. Die Gründung der G-6 bedeutet, ohne daß dies erwähnt worden wäre, gleichzeitig auch einen gewissen Rückschlag für die APEC, die mit ihren nicht weniger als 18 Mitgliedern und mit ihren eigensinnigen, vor allem von Malaysia ausgehenden Widerständen wenig handlungsfähig ist. (AWSJ, 27.2.97) -we-

*(6)

Kondolenzbotschaften zum Tode Deng Xiaopings

Am Mittwoch, den 19. Februar 1997, starb die graue Eminenz der chinesischen Politik, Deng Xiaoping, im Alter von 93 Jahren.

Mehr als die Hälfte der außenpolitischen Xinhua-Nachrichten war in den darauffolgenden Tagen mit Meldungen über Kondolenzbotschaften aus aller Welt angefüllt. Asiatische, europäische, afrikanische, amerikanische und australische Trauerbekundigungen sollten zeigen, daß die ganze Welt ohne Ausnahme Anteil am Tod eines der wichtigsten chinesischen Politikern dieses Jahrhunderts nahm. Kein Name eines wichtigen Politikern, der in diesen Tagen nicht irgendwo in der Xinhua-Berichterstattung aufgetaucht wäre. U.a. hieß es, daß auch "Hunderte von Menschen in Deutschland über den Tod Dengs trauern". Allein zur chinesischen Botschaft in Bonn seien mehr als 500 Kondolenzgäste gekommen (XNA, 28.2.97). Der Präsident der "Gesamtdeutschen Vereinigung der Auslandschinesen", Peng Weibang, habe Xinhua gegenüber erklärt, daß Deng Xiaoping nicht nur ein großer Chinese, sondern eine Gestalt von welthistorischem Rang sei. -we-

*(7)

Stärken und Schwächen der ASEAN: Beurteilung aus chinesischer Sicht

Anläßlich der Mitte Februar in Singapur abgehaltenen ASEAN-Außenministerkonferenz, die sich seit 1994 als Dreifachereignis (ASEAN-Außenministerkonferenz, Dialogpartnerkonferenz, ARF) darstellt, hat sich die VR China verstärkt der ASEAN-Frage zugewandt.

Shi Yongming, Mitarbeiter am Beijing Institut für Internationale Studien, hat in diesem Zusammenhang einen systematischen Aufsatz zur ASEAN vorgelegt, dessen Sichtweise, wie Vergleiche mit der außenpolitischen Praxis zeigen, im wesentlichen die Ansicht der Regierung widerspiegelt.

Die ASEAN wurde von Indonesien, den Philippinen, Singapur, Thailand und Malaysia am 8.8.67, also zu einem Zeitpunkt, zu dem der Kalte Krieg seinen Höhepunkt erreichte, gegründet und verfolgte ursprünglich hauptsächlich Sicherheitsziele. Mit dem Ende des Kalten Kriegs begann eine neue Chance für die ASEAN. Vor allem markierte das 5. ASEAN-Gipfeltreffen von 1995 einen Meilenstein. Eine Reihe von Abkommen wurde damals unterzeichnet, die folgende Bereiche umfassen: Kernwaffenfreie Zone in Südostasien; Zeitplan zur Errichtung einer ASEAN-Freizone; Aufnahme von Vietnam, Kambodscha, Laos und Myanmar noch vor dem Jahr 2000; Annahme Indiens als Dialogpartner und Zusammenarbeit bei der Erschließung der Wirtschaftszone Mekong. Eine Zeit lang gehörte die ASEAN mit zu den am schnellsten wachsenden Wirtschaftsregionen der Welt. Auch quantitativ liegt die ASEAN gut im Rennen: Wenn einmal Laos, Kambodscha und Myanmar beigetreten sind - und damit ganz Südostasien unter dem Dach der Allianz vereinigt ist -, ergibt sich hier ein Markt von 500 Mio. Menschen.

Mittlerweile hat sich der Akzent vom Export von Primärprodukten auf Fertigprodukte verlagert.

Mit dem wirtschaftlichen Erfolg ging auch eine wachsende politische Unabhängigkeit einher. Vor allem in den 90er Jahren haben sich die ASEAN-Staaten immer stärker gegen Einmischungsversuche des Westens zur Wehr gesetzt und beispielsweise im Fragenbereiche der Menschenrechte und der Demokratisierung eine eigene Position bezogen. Beim Außenministertreffen

vom Juli 1996 haben sich darüber hinaus alle ASEAN-Mitglieder einstimmig gegen den westlichen Vorschlag gewandt, nicht-handelsrelevante Fragen wie Arbeit und Umwelt auf die Agenda der WTO zu setzen. Nicht zuletzt aber verbat sich die ASEAN-Außenminister auch bei der Veranstaltung in Singapur jede "Belehrung" von Seiten Europas und der USA über Menschenrechte und über die Frage, ob Myanmar als Beobachter zugelassen werden solle.

Auch bei der Gestaltung der Sicherheitsfragen nehmen die ASEAN-Staaten einen immer selbstbewußteren Standpunkt ein. U.a. gründeten sie 1994 das ARF (ASEAN Regional Forum). Darüber hinaus wurden die Sicherheitsdialoge als eigenständiger Mechanismus noch stärker ausgebaut, und zwar im wesentlichen in Form von Außenministertreffen. Die Ausweitung dieser Dialogformen hat zahlreiche zusätzliche Kommunikationsrunden zwischen den ASEAN-Außenministern und den Außenministerien der "Dialogstaaten" (USA, Japan, EU, Kanada, Australien, Neuseeland, Republik Korea, China, Rußland und Indien) sowie der "Beobachterländer" (Kambodscha, Laos, Papua-Neuguinea und Myanmar) ins Leben gerufen.

Die Einladung zur Dialogpartnerschaft an Rußland und China hat dazu geführt, daß nunmehr alle fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats in Dauergespräche mit der ASEAN einbezogen sind. Die ASEAN versucht, konfliktbeladene Fragen durch eine "präventive Diplomatie", durch "vertrauensbildende Maßnahmen" und durch ständige informelle Konsultationen zu entschärfen. Sie bevorzugt also den nicht-interventionistischen Ansatz zur Lösung von Konflikten. Auch ihr Versuch, die Mitgliedsstaaten des ARF zur Veröffentlichung jährlicher Weißbücher und Verteidigungsberichte zu veranlassen, ist dazu angetan, Transparenz zu schaffen und Gefahrenpunkte schon im Voraus sichtbar zu machen - und zu entschärfen.

Darüber hinaus veranstaltet die ASEAN zahlreiche Seminare und Workshops, z.B. auch über die Lösung der Fragen im Südchinesischen Meer, an denen die Beamten und Entscheidungsträger informell teilnehmen können. Die ARF ist hier auf dem besten Wege, eine KSZE-ähnliche Organisation aufzubauen. Beziehungen zwischen den Großmächten kann sie zwar nicht gestalten, sie kann sie jedoch koordinieren.

Neben den zahlreichen Vorzügen der ASEAN gibt es freilich auch einige weniger erfreuliche Punkte:

- Da ist zunächst einmal das steile Gefälle zwischen den verschiedenen Mitgliedsstaaten, das zwischen Einkommen von wenigen hundert bis zu weit über 10.000 US\$ p.a. variiert. Singapur, Malaysia und Thailand stehen hierbei an der Spitze; freilich hat bisher nur Singapur den Rang einer hochentwickelten Nation erreichen können. Die Aufnahme von Myanmar, Laos und Kambodscha wird das Gefälle noch vergrößern.

- Alle ASEAN-Mitglieder sind darüber hinaus hochgradig vom Kapital, von der Technologie und von den Absatzmärkten der entwickelten Welt abhängig, weshalb es auch zu einer bisweilen heftigen Konkurrenz zwischen ihnen um solche Investitionen kommt.

- Darüber hinaus gibt es rassische Spannungen, religiöse Konflikte und überholte politische Strukturen, die mit den Bedürfnissen rapide wachsender Wirtschaften nicht Schritt halten können.

- Große Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten bestehen auch im Hinblick auf die politischen Systeme und Ideologien - ein Phänomen, das durch den Beitritt Vietnams, Laos', Kambodschas und Myanmars noch um eine weitere Dimension vergrößert wird.

- Auch haben die ASEAN-Staaten bisher noch kein richtiges Verhältnis zu den außenstehenden Großmächten finden können, die der ASEAN in höchst verschiedener Weise begegnen:

Die Vereinigten Staaten beispielsweise laborieren den ASEAN-Staaten gegenüber gerne mit der Idee der chinesischen Gefahr und bieten ihnen in diesem Zusammenhang Schutz an.

Japan betrachtet die ASEAN-Länder als Schlüsselzonen für seine Investitionen in Übersee. Politisch spielt Japan die "ASEAN-Karte" aus, um seine Stellung zwischen China und den Vereinigten Staaten zu konsolidieren.

Rußland und die EU wiederum betrachten die ASEAN als Sprungbrett für ein Engagement im asiatisch-pazifischen Raum.

China schließlich ist ein Land, dem gegenüber - zumindest aus Beijinger Sicht - Hegemoniebefürchtungen ganz und

gar unangebracht sind. Zwar gebe es mit einigen ASEAN-Staaten Grenzstreitigkeiten (verwiesen wird hier offensichtlich auf den Spratly-Archipel), doch trete China dafür ein, daß die Beziehungen auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gestaltet werden. Was die territorialen Konflikte anbelangt, handle China nach dem Prinzip, daß zunächst einmal die gemeinsame Nutzung (z.B. von Rohstoffquellen) geregelt und die Lösung der Eigentumsfrage auf später verschoben werden soll. Beijing arbeitet ferner darauf hin, daß zwischen China und der ASEAN eine "Partnerschaft der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens im Hinblick auf das 21. Jh." entsteht. (BRU, 1997, Nr. 7-8, S. 7-11)

Beim Singapur Gipfel beschlossen die 25 europäischen und asiatischen Staaten eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft sowie noch intensivere Konsultationen bei der Bekämpfung der Kriminalität, des Rauschgiftschmuggels und der Umweltverschmutzung. Auf Drängen der EU einigten sich die Teilnehmer aber auch darauf, daß Fragen der Menschenrechte künftig nicht mehr ausgeblendet werden, sondern auf der Tagesordnung verbleiben sollen.

Die Gemeinsame Erklärung wurde in einem elfseitigen Dokument niedergelegt. Zu den Formen der Zusammenarbeit sollen künftig gemeinsame Tagungen der Finanz- und Wirtschaftsminister gehören (1997 in Tokyo und Bangkok), ferner die Kooperation von Universitäten, privaten Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen sowie Tagungen über Probleme wie Terrorismus, Rauschgifthandel und Umweltschäden.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und den sieben ASEAN-Staaten intensiviert sich laufend. Seit 1980 beispielsweise hat sich ihr gegenseitiges Handelsvolumen mehr als verfünffacht und betrug 1995 rund 135 Mrd. DM. Die südostasiatischen Länder waren 1995 der drittgrößte Handelspartner der EU, während Europa umgekehrt als zweitgrößter Investor in der ASEAN-Region zutage trat (dazu FAZ und IHT, 14.2.97).

Ende Februar trat ein "China-ASEAN Joint Cooperation Committee" in Aktion, und zwar mit der Aufgabensetzung, alle gegenseitigen Fragen, angefangen von Handel und Wirtschaft über Wissenschaft, Technologie und Kultur bis hin zum Informationswesen, zur Umwelt und zur Sozialpolitik zu erörtern.

Außenminister Qian Qichen betonte bei dem Treffen, daß dieses Ereignis ein wichtiger Schritt bei der Ausgestaltung eines umfassenden Dialogs zwischen China und den ASEAN-Staaten sei.

Besonders problematisch ist die Spratly-Frage im Südchinesischen Meer, da der Archipel nicht nur militärstrategisch wichtig ist (er liegt am Kreuzungspunkt zwischen den Nord-Süd- und den Ost-West-Verkehrslinien), sondern vermutlich auch reiche Ölvorräte birgt. Vietnam, die Philippinen, Brunei und Malaysia streiten mit China und Taiwan um die Anteile an dem Archipel.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Spratly-Frage bis auf weiteres die Tonlage zwischen den Dialogpartnern bestimmt.

Mit Unbehagen haben die Chinesen registriert, daß die restlichen drei südostasiatischen Staaten im wesentlichen deshalb so schnell ASEAN-Mitglieder werden, weil Südostasien Angst vor der wachsenden Macht Chinas hat. Niemand spricht darüber, doch jeder denkt an nichts anderes. -we-

*(8)

China streckt den Philippinen die Versöhnungshand entgegen

Noch 1995 hatte es zwischen China und den Philippinen einen Streit um das Mischief-Riff im Bereich des Spratly-Archipels gegeben, der dadurch entstanden war, daß Beijing "Plattformen für den Schutz chinesischer Fischer" auf einem Inselbereich errichtet hatte, der von den Philippinen beansprucht wird. Daraufhin war es zu heftigen Wortgefechten und sogar zu martialischen Gegendrohungen der Philippinen gekommen.

China hatte daraufhin beschlossen, einen Versöhnungskurs einzuschlagen, der mittlerweile dazu geführt hat, daß Mitte Februar Verteidigungsminister Chi Haotian persönlich nach Manila und Subic-Bay kam, mit philippinischen Politikern, vor allem mit seinem Amtskollegen De Villa, Verhandlungen führte und ein Abkommen unterzeichnete, demzufolge die Volksrepublik den Philippinen einen Kredit von 2-3 Mio. US\$ für militärische Zwecke zur Verfügung stellt - eine kleine Summe mit großem Symbolgehalt! Chi Haotian hielt sich eine ganze Woche auf den Philippinen auf und verfolgte dabei offensichtlich eine Politik, die aus chinesischer Sicht

besonders wichtig ist, nämlich die Herstellung von Vertrauen und von Guanxi.

Der Spratly-Archipel ist zwischen sechs Parteien umstritten, nämlich der VR China, den Philippinen, Taiwan, Vietnam, Malaysia und Brunei. (IHT, 18.2.97 und SCMP, 5.2.97) -we-

*(9)

Erneut Ärger mit Taiwans Afrika- und Thailandpolitik

Da Südafrika seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan Ende d.J. abbrechen und ab 1.1.98 offizielle Beziehungen zu Beijing aufnehmen will, war Taiwans Außenminister Chang Xiaoyan im Januar zu einer zweiwöchigen Afrikareise aufgebrochen, bei der er nicht nur Verhandlungen mit Südafrika über eine Neugestaltung der Taipei-Pretoria-Beziehungen führte, sondern auch Swaziland, Malawi, Burkina Faso, Guinea-Bissau, Gambia und Senegal besuchte, also Länder, mit denen Taipei nach wie vor offizielle diplomatische Beziehungen unterhält und denen bei dieser Gelegenheit erneut finanzielle und technische Hilfe zugesagt wurde.

Im Anschluß daran kam Chang bei seinem Rückflug auch noch zu einem Stop-over-Besuch nach Bangkok und führte dort mit thailändischen Funktionären Gespräche über bilaterale Beziehungen (SCMP, 2.2.97); dies war erneut ein Anlaß für Beijing, Empörung zu zeigen, und zwar anläßlich einer Pressekonferenz des Außenministeriums. Der Sprecher Shen Guofang führte dabei folgendes aus: "Die kürzlichen Auslandsbesuche einiger taiwanesischer Beamter, die als 'Reisen' und 'Stop over' deklariert wurden, sind nur dazu da, 'Zwei Chinas' oder 'ein China, ein Taiwan' zu schaffen. Damit unterminieren sie Chinas freundschaftliche Beziehungen mit den betreffenden Ländern. Wir hoffen, diese Länder sind vorsichtig genug, Fragen dieser Art nicht zum Hindernis der Entwicklung ihrer Beziehungen zu China werden zu lassen."

In diesem Zusammenhang sprach er auch die Frage der Normalisierung zwischen Beijing und dem Vatikan an: Sobald der Heilige Stuhl von seinen "sog. diplomatischen Beziehungen mit Taiwan Abstand nimmt und sich nicht mehr in Chinas religiöse Angelegenheiten einmisch", bestehe für die Normalisierung kein Hindernis mehr. (BRu, 1997, Nr7-8, S. 12)

Bereits kurz vor der Jahreswende hatte sich Taiwans Außenminister Chang anläßlich einer Reise in den Nahen Osten zu einem Eintagesbesuch in die Arabischen Emirate und zu einem heimlichen Besuch nach Jordanien begeben.

Shen Guofang hatte auch hierzu einen Kommentar bereit: Die sog. "elastische und pragmatische Diplomatie" Taibeis diene einzig und allein der Spaltung Chinas. Wörtl.: "Wir sind entrüstet über das Verhalten Jordaniens und anderer bestimmter Länder, Chang in diplomatischer Funktion empfangen zu haben. Wir hoffen sehr, daß alle beteiligten Länder sich strikt an die Ein-China-Politik halten, sich gegen die politische Konspiration durch taiwanesischen Behörden wappnen und Handlungen verhindern, die den bilateralen Beziehungen schaden". (BRu, 1997, Nr.1, S. 15)

Besonders empört zeigte sich Beijing auch über eine neue Taiwaner Sprachregelung, die vom Government Information Office am 22.2.97 herausgegeben wurde und die nicht von "einem China", sondern von "einem geteilten China" sprach. Beijing versucht mit seiner Ein-China-Politik (*yi guo liang zhi*, ein Staat, zwei Systeme) nach Meinung der RCh-Regierung Taiwan verbal zu vereinnahmen. Die neue Formulierung habe das Ziel, diese "Wortfalle" zu entsorgen. Auch Li Denghui hatte in jüngster Zeit schon mehrere Male darauf gedrängt, daß Beijing endlich die Realität der politischen Trennung anerkenne, woraufhin er von Beijing - wieder einmal - als Spalter und als Vaterlandsverräter beschuldigt worden war.

Die neue Formulierung veranlaßte keinen Geringeren als Außenminister Qian Qichen, ausgerechnet zum 50. Jahrestag des taiwanesischen Massakers vom 28. Februar eine Erklärung herauszugeben, die die Regierung in Taipei beschuldigte, das "Ein-China-Prinzip" verraten zu wollen (SCMP, 24. u. 27.2.97). -we-

*(10)

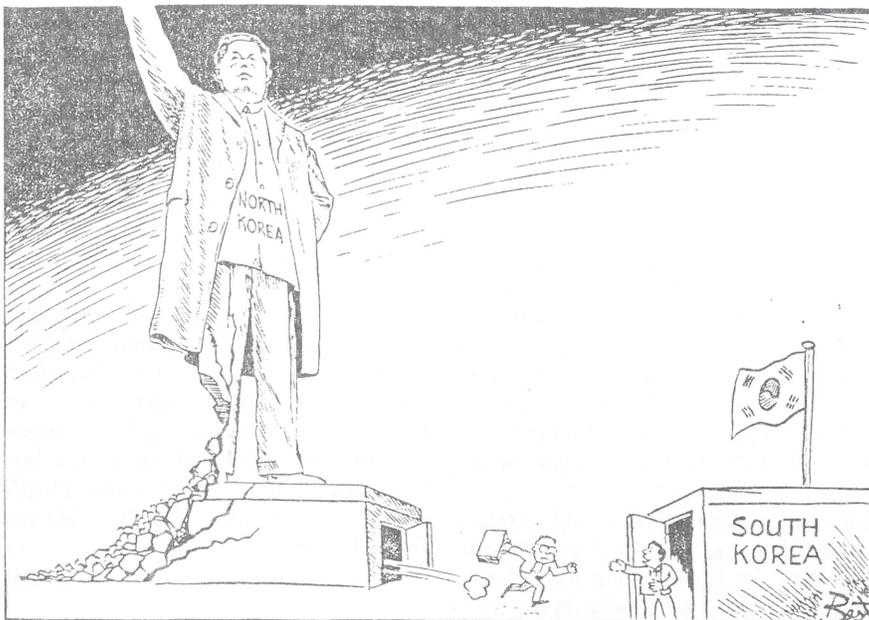
Flucht eines nordkoreanischen Spitzenfunktionärs stellt die VRCh vor ein peinliches Dilemma

Am 12. Februar tauchte der 73jährige Hwang Jang-Yop in der südkoreanischen Botschaft in Beijing auf und suchte dort um Asyl in Südkorea nach. Der Vorfall schlug wie eine Bombe ein, da Hwang einer der höchstrangigen Poli-

tiker Nordkoreas ist: er gehört mit zu den zehn Hauptentscheidungssträgern im ZK der Koreanischen Arbeiterpartei und gilt als Hauptideologe sowie als geistiger Vater der Juche (Autarkie)-Politik, die als nordkoreanisches Markenzeichen in die politische Diskussion der vergangenen Jahrzehnte eingegangen ist.

Wer die nordkoreanischen Verhältnisse kennt, wußte auf der Stelle, daß es sich hier um ein Ereignis handelte, dessen Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Vermutlich fügte diese Flucht dem obersten Politiker Nordkoreas, Kim Jong Il, einen ähnlichen Schock zu wie der Tod des Vaters Kim Il Sung im Jahre 1994.

Nach Mitteilungen von Xinhua hatte Hwang die Nacht vom 11. auf den 12. Februar noch in der nordkoreanischen Botschaft in Beijing verbracht, nachdem er dort von einer Reise nach Japan eingetroffen war. Am Morgen des 12. Februar hatte er die nordkoreanische Botschaft verlassen und war direkt zum Botschaftsgebäude der Republik (Südkorea) geeilt und hatte dort seinen Antrag gestellt. Mit Hwang hat der bisher ranghöchste Politiker des Landes der DRV Korea den Rücken gekehrt.



(Quelle: SCMP, 14.2.97)

Die Flucht Hwangs, der einen Beijing-Aufenthalt als günstige Gelegenheit für den Frontenwechsel benutzt hat, deutet darauf hin, daß es zu neuen schweren Auseinandersetzungen zwischen Hardlinern und Gemäßigten innerhalb der Führung gekommen ist und daß die Gemäßigten, als deren Hauptre-

präsentant Hwang seit langem gegolten hatte, ins Hintertreffen zu geraten drohen. Manche Beobachter rechnen sogar mit erneuten blutigen Säuberungen, an denen vor allem die politisch wieder stärker in den Vordergrund rückende Armee beteiligt sein könnte. Käme es dazu, so würde sich der ohnehin schon notleidende 22-Mio.-Staat noch weiter in Isolation - und ins eigene Elend - begeben.

Kein Zweifel, daß in dieser Situation der ins Gerede gekommene Hwang die Sympathien Beijings genießt; war er es doch gewesen, der immer wieder die Übernahme des chinesischen Reform- und Öffnungsmodells hatte durchsetzen wollen. (Dazu BP und SCMP, 14.2.97) Statt dessen scheint sich im Augenblick wieder die harte Linie durchgesetzt zu haben, vor allem aber das Militär, das der notleidenden nordkoreanischen Wirtschaft obendrein noch mit 1,1 Mio. Mann auf der Tasche liegt.

Kaum war der Asylantrag Hwangs bekanntgeworden, meldete sich Pyöng-yang in Beijing mit lautem Protest - und mit der Behauptung zu Wort, Hwang sei entführt worden. Beijing reagierte mit Achselzucken und mit der Anordnung, einen Sicherheitskordon um die

Südkorea im Jahre 1992 einen heiklen Mittelweg zwischen den beiden koreanischen Konkurrenten beschritten hatten und überdies sehr wohl wußten, wie peinlich der Fall für Nordkorea war, das einen seiner wichtigsten Geheimnisträger zum Hauptfeind überschwenken sah.

Drei Optionen standen den Chinesen nun zur Wahl: sie konnten Hwang gegen seinen Willen entweder nach Nordkorea zurückschicken und damit beweisen, daß sich Nordkorea und China nach wie vor wie "Lippen und Zähne" zueinander verhielten; damit aber hätte Beijing schnell wieder die Kritik aller Welt auf sich gezogen. Sie konnten zweitens die "heiße Kartoffel" Hwang in ein drittes Land fallen lassen, z.B. nach Japan, das für Hwang offensichtlich ebenfalls als Alternative in Frage kam, oder sie konnten, drittens, Hwang nach Südkorea, dem Ziel seiner eigentlichen Wünsche, ausreisen lassen. Dazu aber mußten sie nachweisen, daß keine Entführung vorlag, sondern daß der Spitzenpolitiker freiwillig ins Lager des Feindes überschwenkt war.

Am 15.2. gab ein Sprecher des nordkoreanischen Außenministers bekannt, daß "unser Standpunkt eindeutig und klar ist: Falls Hwang entführt wurde, können wir uns mit dieser Gewalttat nicht abfinden und müssen Gegenmaßnahmen ergreifen. Sollte er allerdings freiwillig um Asyl nachgesucht haben, so heißt das, daß er ein Renegat ist und daß er sich hiermit als entlassen betrachten kann" (SCMP, 18.2.97).

Die Überlegungen Beijings wurden dadurch verzögert, daß Deng Xiaoping am 20. Februar das Zeitliche segnete - und der chinesische Führungsapparat damit eine Zeit lang von seinen Tagesgeschäften abgelenkt war.

Sehr zur Erleichterung der Chinesen löste sich der Fall schließlich im Sinne der Südkorea-Option: Am 18. März wurde Hwang mit einem Sonderflugzeug via Xiamen auf die Philippinen gebracht, von wo er dann vermutlich (z.Z. des Redaktionsschlusses) nach Südkorea weiterreiste.

südkoreanische Botschaft herum aufzubauen, in die sich Hwang geflüchtet hatte: offensichtlich befürchtete man Anschläge des nordkoreanischen Geheimdienstes.

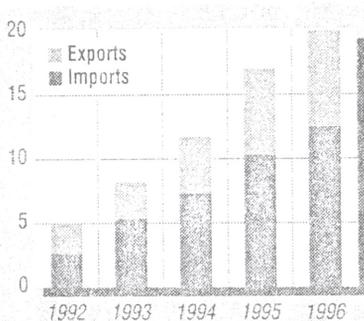
Die Flucht Hwangs wirkte wie eine "heiße Kartoffel" (SCMP, 14.2.97) in der Hand der Chinesen, die ja seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit

Unabhängig von der Hwang-Affäre zeigen bereits die handelspolitischen Daten, wie weit sich die VR China mittlerweile vom einstigen "sozialistischen Bruderstaat" Nordkorea wegbewegt und sich immer mehr den Südkoreanern zugewandt hat: während der Außenhandel mit dem Süden laufend steigt, geht der-

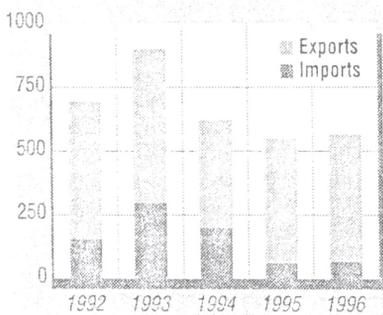
jenige mit dem Norden kontinuierlich zurück. Gleichzeitig nehmen die südko-reanischen Direktinvestitionen in zwei-stelliger Prozentzahl zu. -we-

Wie sich die Außenwirtschaftsbeziehungen Chinas mit Südkorea vermehren, während der Außenhandel mit Nordkorea zurückgeht:

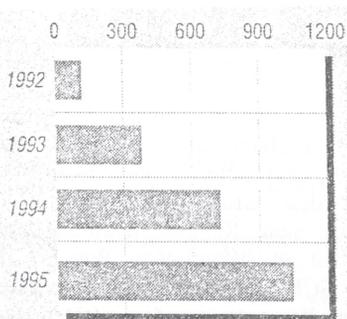
Chinas Außenhandel mit Südkorea (in Mrd. US\$)



Chinas Außenhandel mit Nordkorea (in Mio. US\$)



Südkoreas Direktinvestitionen in China (Mio. US\$)



Source: China's State Statistical Bureau

(Quelle: AWSJ, 14.-15.2.1997)

Innenpolitik

*(11)

Nach Dengs Tod: Die Führungsspitze um Jiang Zemin zeigt sich geschlossen

Jahrelang ist darüber spekuliert worden, ob es nach dem Tod Deng Xiaopings zu schweren internen Auseinandersetzungen in der Beijinger Parteispitze kommen werde, die den Sturz der Kommunistischen Partei insgesamt einleiten könnten. Diese Auseinandersetzungen sind nach dem Eintreten des Ereignisses ausgeblieben: Die Führungsgruppe mit Jiang Zemin, Li Peng, Qiao Shi und Zhu Rongji sowie den Militärvertretern Liu Huaqing, Zhang Zhen und Zhang Wannian an der Spitze zeigte sich in der Zeit nach Dengs Tod geschlossen und führte ihre politischen Tagesgeschäfte trotz der aufwendigen Trauerfeierlichkeiten geradezu routiniert fort. Selbst die amerikanische Außenministerin wurde in der offiziellen Trauerperiode zu schwierigen Gesprächen empfangen.

Der Kontrast zu der lähmenden Übergangsperiode nach dem Tode Maos im September 1976, als alle politischen Tagesgeschäfte zum Stillstand kamen und ein Palastcoup förmlich in der Luft lag (und dann mit der Verhaftung der "Viererbande" auch eintrat), könnte nicht größer sein.

Die von vielen Kommentatoren mit Erstaunen registrierte Tatsache, daß der Tod Deng Xiaopings bislang keine

Die Ära Deng Xiaoping: Soziale und wirtschaftliche Entwicklungen

| | 1978 | 1996 |
|---|-----------|-----------|
| Bevölkerung | 973 Mio. | 1210 Mio. |
| Bevölkerungswachstum (jährlich) | 1,3-1,5% | 1,4% |
| Armutrate (mittlere Schätzung) | 28% | 11% |
| Kindersterblichkeit (pro 1000 Geburten) | 65 | 40 |
| Krankenhausbetten (pro 1000 Personen) | 0,68 | 2,62 |
| Ärzte (pro 1000 Personen) | 1,8 | 1,5 |
| Fernsehgeräte | 1 Mio. | 233 Mio. |
| Radiogeräte | 45 Mio. | 209 Mio. |
| Telefone | 5 Mio. | 20 Mio. |
| Eisenbahnen | 46.500 km | 69.000 km |

Quelle: AWSJ, 21.-22.2.1997

größeren Schatten auf die chinesische Politik wirft, hat seine Ursache in dem häufig verkannten schlichten Faktum, daß das gegenwärtige politische System nicht mehr das gleiche ist wie zur Zeit Maos:

* Deng Xiaoping hatte zwar seit 1977 eine herausragende Stellung an der Parteispitze inne, genoß aber zu keinem Zeitpunkt die furchterregende, gottgleiche Autorität, über die Mao Zedong spätestens seit Beginn der Kulturrevolution verfügt hatte. Mao verkörperte in seiner Person das gesamte Herrschaftssystem, das Entscheidungszentrum und die Parteiideologie, während Deng Xiaoping offensichtlich mit Erfolg darauf hinwirkte, die politische und wirtschaftliche Entwicklung von der Autorität einer einzigen Person abzukoppeln.

* Die Wirkung von Ereignissen in der Beijinger Zentrale auf China als Ganzes hat seit den siebziger Jahren dramatisch nachgelassen. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den Provinzen hat in vielerlei Hinsicht eine eigene Dynamik entfaltet, die nicht mehr allein von den Vorgaben Beijings bestimmt wird.

* Ideologische Grundsatzkonflikte, die noch in den siebziger Jahren die parteiinterne Willensbildung bestimmten und die Energie von sämtlichen Parteikadern in Zentrale und Regionen absorbierten, spielen heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Konzentration der politischen Arbeit auf die wirtschaftliche Entwicklung hat die Routinisierung